

Calwer Tagblatt

Verlagsort Calw

HEIMATBLATT FÜR STADT UND LAND

CALWER ZEITUNG

MITTWOCH, 12. AUGUST 1953

ÜBERPARTEILICHE TAGESZEITUNG

9. JAHRGANG / NR. 185

Laniel sieht schwarz

PARIS. Ministerpräsident Joseph Laniel erklärte am Dienstag, daß eine Zurückweisung seines wirtschaftlichen Reformprogramms durch die Öffentlichkeit eine Linksregierung an die Macht bringen könne. Das könne zu einer Diktatur in Frankreich führen. „Die Staatsinteressen stehen in dieser Frage (Reformprogramm) auf dem Spiel. Ich habe die Pflicht, sie zu verteidigen. Ich will nicht provozieren, doch werde ich auch nicht in der wesentlichen Frage nachgeben, um die es geht — das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen und die Stabilität Frankreichs.“

Politischer Selbstmord

TOKIO. Der stellvertretende nordkoreanische Ministerpräsident Ho Kal hat Selbstmord verübt, wie der Sender Pjoengjang am Dienstagabend meldete. Sein Name war in den letzten Monaten in den Berichten des Senders Pjoengjang nicht mehr erwähnt worden. Beobachter in Tokio meinen, daß Ho Kal Verbindungen zu der Gruppe hoher nordkoreanischer Regierungsbeamter hatte, die vor kurzem abgeurteilt worden waren, weil sie militärische und politische Geheimnisse an die USA verraten haben sollen.

Franzosen räumen Nasam

HANOI. Die im letzten Dezember schwer umkämpfte Festung Nasam, 180 km westlich von Hanoi, ist von den französischen Truppen auf dem Luftwege geräumt worden, gab das französische Oberkommando in Indochina am Dienstag bekannt. Die Verteidiger seien mit 150 Transportflugzeugen ausgeflogen worden.

Adenauer bei der Kirchentagsleitung

Internes Gespräch mit Dr. von Thadden-Trieglaff

HAMBURG. Bundeskanzler Adenauer wünschte dem Deutschen Evangelischen Kirchentag bei einem kurzen Besuch in Hamburg am Dienstag „Gottes reichen Segen“. Der Präsident des Kirchentages, D. Dr. von Thadden-Trieglaff, mit dem Adenauer ein internes Gespräch führte, bedankte sich in einer kurzen Ansprache, daß der Kanzler trotz seiner katholischen Konfession keine Mühe gescheut habe, den Kirchentag, die Begegnung der evangelischen Christen aus Ost und West, zu besuchen. An diesem Tage, an dem Gäste aus 24 Ländern und aus der Ostzone im Anreisen seien, habe der Besuch des Bundeskanzlers eine besondere Bedeutung.

Adenauer bedauerte in seiner Erwiderung, daß er infolge starker Inanspruchnahme verhindert sei, die Hauptveranstaltungen des Kirchentages zu besuchen, versicherte jedoch, daß die Bundesregierung und er regen Anteil

an der Arbeit des Kirchentages nehmen werden. „Als katholischer Christ möchte ich zum Ausdruck bringen, daß es in dieser schweren Zeit nur eine Rivalität zwischen den beiden Kirchen geben darf: Die Rivalität der Nächstenliebe. Sie ist etwas Gutes und bringt etwas Gutes. In dem Kampf zwischen Materialismus und Christentum muß jeder die letzte Kraft aufwenden, damit Gott obsiegt. Er wird siegen und bedient sich unser als seiner Werkzeuge“, sagte der Kanzler.

Adenauer dankte insbesondere den Kirchentagsmitgliedern aus der Ostzone für ihr Kommen. Er hoffe, daß sie zurückkehren werden mit der festen Gewißheit, daß sie nicht allein stehen, und daß der Tag der Wiedervereinigung und der Freiheit kommt.

An der Besprechung des Kanzlers mit von Thadden-Trieglaff hatten alle führenden Männer des Kirchentages teilgenommen darunter Landesbischof D. Hans Lilje, der Geschäftsführende Vorsitzende des Kirchentages, Dr. Wilhelm Imhoff und Oberkirchenrat Volkmann Hertrich.

Am frühen Dienstagnachmittag reiste der Bundeskanzler wieder nach Bonn ab.

Bundesregierung gab 200 000 DM

HAMBURG. Bundeskanzler Dr. Adenauer übergab am Dienstag bei seinem Besuch in Hamburg der Leitung des Deutschen Evangelischen Kirchentages 200 000 DM als Geschenk der Bundesregierung für die Bruderhilfe. Beim Kirchentag sind außerdem zahlreiche Spenden von Landeskirchen, Landesregierungen, Firmen und Einzelpersonen für die Bruderhilfe eingegangen.

Einigung über Rüstungsaufträge

Deutsche Wirtschaft legt Richtlinien fest / Ohne Störung der Struktur

BONN. Zwischen dem Bundesverband der Deutschen Industrie, dem Gesamtverband des Deutschen Groß- und Außenhandels, dem Zentralverband des Deutschen Handwerks und dem Deutschen Industrie- und Handelstag ist eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiete des öffentlichen Auftragswesens vereinbart worden. Ebenso wurden in großen Zügen Richtlinien für die Gestaltung der Auftragsberatungsstellen in den einzelnen Bezirken vereinbart. Die entsprechenden Vereinbarungen sind dem Bundeswirtschaftsministerium noch nicht zugeleitet worden. Dies soll jedoch in Kürze erfolgen.

In den aufgestellten Grundsätzen wird u. a. festgelegt, daß die in den verschiedenen internationalen Abkommen, wie EVG-Vertrag, Vertrag über den Bedarf der Stationierungstruppen und eventuell auch Vertrag mit den USA über Offshore-Aufträge, festgelegte rüstungswirtschaftliche Beanspruchung der Wirtschaft der Bundesrepublik ohne wesentliche Störung ihrer Struktur erfolgen soll. Es besteht dabei Übereinstimmung, daß dieses Ziel am sichersten erreicht wird, wenn auch bei der Durchführung der Rüstung an den Grundsätzen der Marktwirtschaft festgehalten wird.

Wirtschaftliche Störungen sollen unbedingt durch Abstimmung des Rüstungsbedarfs mit den Erfordernissen des Exports und des zivilen Inlandmarktes vermieden werden. Für die

Auf den Bahnhöfen stauen sich erneut die Reisenden, darunter viele Ausländer, die weder in ihre Ferienorte noch nach Hause kommen.

Das Fehlen jeglicher Post- und Nachrichtenverbindungen beginnt sich katastrophal auf das französische Geschäftsleben auszuwirken. Man rechnet damit, daß schon in Kürze Industriebetriebe bis zum Ende des Poststreiks stillgelegt werden müssen. In Paris wurden die ersten fünf Arbeiter, die den Verpflichtungen nicht nachgekommen sind verhaftet.

Die Streikbewegung greift bereits wieder auf die staatlichen Gas- und Elektrizitätswerke über. In Nizza haben alle Arbeiter der Versorgungsbetriebe die Arbeit niedergelegt und in Paris erschienen die meisten Gaswerksarbeiter am Dienstagmorgen nicht zur Arbeit, so daß am Abend die meisten Pariser auf ein warmes Abendessen — die Hauptmahlzeit des Tages — verzichten mußten.

Streiklage in Frankreich hat sich erneut verschärft

Eisenbahnverkehr wieder völlig lahmgelegt / Paris jetzt auch ohne Gas

PARIS. Der erst vor zwei Tagen wieder aufgenommene Eisenbahnverkehr in Frankreich ist am Dienstagfrüh erneut durch einen diesmal unbefristeten Streik völlig lahmgelegt worden. Im Laufe des Tages hat die Zahl der Streikenden in den öffentlichen Betrieben eine Million erreicht.

Während der sieben Tage alte Streik der 200 000 Post- und Fernmeldearbeiter weitergeht, hat der von den Kommunisten beherrschte Gewerkschaftsverband CGT am Dienstag auch die Bergleute aufgefordert, die Arbeit sofort für unbestimmte Zeit niederzulegen. Das Bodenpersonal der Air France beschloß einen 24stündigen Streik; das fliegende Personal wird sich noch entscheiden, ob es sich anschließt.

Die Minister der von den Streiks betroffenen Ressorts haben am Dienstag über die Lage beraten. Man rechnet damit, daß die Regierung in verstärktem Maße zu dem Mittel der Dienstverpflichtung von Arbeitern greift, obwohl die meisten der Zwangsverpflichteten bisher der Aufforderung, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen, nicht nachgekommen sind.

Im ganzen Land hat der neue Eisenbahnstreik chaotische Zustände geschaffen. In Südf Frankreich blieben insgesamt 18 Züge mit 20 000 Reisenden auf freier Strecke stehen.



Laniel in der Löwengrube ...

Bemerkungen zum Tage

Die Rebellion der Briefträger

Hr. Der Streik in Frankreich ist wieder aufgeflammt. Schlimmer noch, als am Wochenende. Das Land, das allerlei gewöhnt ist, hat etwas Derartiges seit 1918 nicht mehr erlebt. Wie in der Zeit der Hochsommerdürre eine weggeworfene Zigarette einen Waldbrand verursacht, so ist auch hier aus einer winzigen Ursache eine Katastrophe entstanden. Einfach, weil alle Voraussetzungen dafür gegeben waren. Hätten nicht zufällig die Postleute von Bordeaux am letzten Mittwoch die Arbeit niedergelegt und fast die gesamte Beamten- und Angestelltenschaft mitgerissen, so hätte sich die latente Unzufriedenheit eben an einem anderen Anlaß entzündet. Was ist nun der Grund? Warum können viele Urlauber plötzlich in Ermangelung eines Zuges, Omnibusses oder anderer Verkehrsmittel nicht mehr nach Hause zurück, warum kann niemand telefonieren, telegraphieren, warum quellen die ungeleerten Briefkästen und Mülleimer über. Der kleine Gehaltsempfänger streikt. Außerlich, weil die Regierung das Pensionsalter hinaufsetzen wollte, jenes Stüchjahr, das für den Franzosen, der arbeitet, um zu leben, gerade die ersuchte Schwelle zum wirklichen Leben bedeutet, zum Apéritif, zum Angeln, zum sorglosen kleinbürgerlichen *laissez faire*. Sie streikten, weil sie mehr verdienen wollten. Aber das war mehr eine gewerkschaftliche Zutat. Sie warfen die Federhalter hin, weil sie schon lange übergenug hatten von diesen in allem Wechsel doch letzten Endes gleich hilf- und phantasielosen Regierungen, von dieser Parteiendiktatur, die in Wirklichkeit die Diktatur weniger politischer Manager ist, die sich gegenseitig immer wieder die Posten zuschieben — und die Dotationen. Weil sie unzufrieden waren mit den riesenhaften Korruptionsgewinnen aus einem sinnlosen Kolonialkrieg, verärgert über die Tiraden der Berufspolitiker, die in krassstem Widerspruch stehen zur ständigen Inflation, die den kleinen Mann laufend seiner Ersparnisse beraubt. Und das in einem Volke von Rentnern, das

seit Generationen gewöhnt ist, seinen Lebensabend auf mündelsichere Staatsanleihen aufzubauen. Es ist nicht so sehr die Regierung Laniel, die gemeint ist, sondern das System. Dieses System, dieses Totreiten der parlamentarischen Demokratie ist es, das das Volk Frankreichs rebellisch macht. So verblüht, daß mit den öffentlichen Bediensteten sogar Teile der Gruppen mitstreiken, deren massives politisches Gewicht die Waagschale der Beamten und Behördenangestellten hat hochschnellen lassen, nämlich die Arbeiterschaft. Es fehlt jedes Vertrauen. Wenn es der Nationalversammlung nicht rasch gelingt, aus der Verfilzung von Geldinteressen und Politik, aus dem Dschungel all der großen und kleinen Egoismen herauszufinden, so wird dieser Streik kein Zwischenspiel bleiben. Er wird ein, noch gelinder, Auftakt sein für die Entwicklung zum politischen und wirtschaftlichen Chaos hin. Die vierte Republik muß dann anfangen ihre Tage zu zählen.

Freiheit ist billiger als Zwang

Hw. Wenn nicht alle Informationen aus hessischen Amtsstuben falsch sind, dann ist in diesem Lande die Reprivatisierung, Entsozialisierung oder auch Entnationalisierung des sogenannten Gemeingutes in vollem Gange. Das Experiment „Sozialistische Enklave in einer Marktwirtschaft“ ist fehlgeschlagen. Wer nun aber etwas meint, die hessischen Erfahrungen hätten alle Sozialisierer in deutschen Landen von dieser Zeitkrankheit geheilt, der irrt. In Bonn geben sich die Enteisungsfreunde große Mühe, nach wie vor den Appetit der Wähler auf Dinge, die anderen gehören, anzuregen. Ein großer Artikel spricht deshalb vom „Erfolg der Nationalisierung in England“. Jeglicher Aufschwung jenseits des Kanals seit Kriegsende wird auf dieses Konto verbucht. Da gibt's keinen Nachholbedarf, der die Maschinen laufen ließ, da gibt's keine weltwirtschaftlichen Impulse, die allgemein befruchteten, da gibt's eben nur eine erfolgreiche Nationalisierung. Alles ist herrlich, wahrscheinlich sogar das Pfund Krönungsmargarine, das allerdings unerwähnt bleibt.

Der Verfasser schreibt, es seien die englischen Nationalisierungserfolge der Allgemeinheit und der Arbeiterschaft zugute gekommen. Merkwürdige Erfolge, die acht Jahre nach Kriegsende noch immer das Kartensystem bestehen lassen. Warum aber die Zweiteilung? Zählt die Arbeiterschaft etwa nicht zur Allgemeinheit, oder hat der Verfasser des Artikels von jenem englischen Gewerkschaftsführer gelesen, der seiner eigenen Gewerkschaft erklärte, die ganzen Erfolge dieser Nationalisierung beständen darin, daß die Arbeiterschaft ihre Gewinne auf Kosten der Verbraucher erhielt. Die Verbraucher aber sind die Allgemeinheit.

Was nützen alle Entgegnungen auf solche Lobreden. Dem Deutschen hat das Ausländische schon immer besser gefallen als das Eigene. Beispiele sind in einem solchen Falle nützlich. Just an dem Tage, als der Artikel erschien, in dem auch steht, die Labour-Party würde die jetzt eingeleitete Reprivatisierung rückgängig machen — die Labour-Party sollte, wenn sie schon „blind“ gegen ihre Fehler ist, dann doch wenigstens von den „blinden“ Hessen lernen —, entließ die englische konservative Regierung das „Kupfer“ aus der Bewirtschaftung. Sofort bemächtigte sich seiner die Londoner Metallbörse, ein durch und durch kapitalistisches Unternehmen. Was geschah? Kein eminentes Preisanstieg, sondern ein rascher Preisabfall, die gleichen Ergebnisse wie bei uns Besorgte fragten, was denn da los wäre. Nichts war los. Die Freiheit ist halt billiger als der Zwang. Das ist los.



Bei seinem ersten Besuch in der Bundeshauptstadt wurde der französische Außenminister Bidault am Montag im Palais Schaumburg empfangen. Unser Bild zeigt v. l. n. r. Prof. Hallstein, Dr. Adenauer, Dr. Heinrich von Brentano und Außenminister Bidault.

Bild: dpa

Gesteigerte freiwillige Sozialleistungen

In der badisch-württ. Industrie sind sie dreimal höher als die Gewinnausschüttung

Nach den gesetzlichen Vorschriften sind die Aktiengesellschaften nicht verpflichtet, ihre freiwilligen Sozialleistungen offenzulegen. In der Praxis veröffentlicht aber gegenwärtig ungefähr die Hälfte der publizitätspflichtigen Unternehmen der westdeutschen Industrie ihre außer tariflichen und abseits der gesetzlichen Verpflichtung liegenden Aufwendungen, die sie zugunsten ihrer Belegschaften und deren Angehörigen leisten. Dabei machen die großen Gesellschaften fast ausnahmslos Wertangaben über diese zusätzlichen Sozialaufwendungen. Als Mittel der Offenlegung kommen entweder die Gewinn- und Verlustrechnung des Jahresabschlusses, der Geschäftsbericht oder ein besonderer Sozialbericht in Frage.

Es ist daher dem sozialpolitisch Interessierten möglich, einen guten Einblick in den Umfang der freiwilligen Sozialleistungen und in ihr Verhältnis zu der Lohn- und Gehaltssumme sowie zur Dividende zu gewinnen. Da jedoch die Betriebe den Begriff „Freiwilliger Sozialaufwand“ verschieden abgrenzen, muß sich eine solche Untersuchung noch auf Auskünfte einzelner Unternehmen stützen, wenn sie einwandfreie Ergebnisse erbringen soll.

Aus den Unterlagen von 90 badisch-württembergischen Industrie-Gesellschaften aus verschiedenen Industriegruppen (darunter 13 südwestdeutsche Betriebe) ergibt sich, daß sich die freiwilligen Sozialleistungen dieser 90 Unternehmen im Rechnungsjahr 1951 bei einer Lohn- und Gehaltssumme von 665,0 (1950: 514,6) Millionen DM auf 76,4 (56,1) Millionen DM belaufen, während die gesetzlich vorgeschriebenen Sozialabgaben (das sind die auf die Betriebe entfallenden Arbeitgeber-Anteile für die Invaliden-, Angestellten-, Kranken- und Unfallversicherung) 61,8 (49,7) Millionen DM betragen. Die freiwilligen Sozialleistungen der untersuchten Unternehmen einschließlich der beträchtlichen Zuwendungen an Pensions- und Unterstützungskassen sowie der Zuweisungen an Rückstellungen für Alters- und Hinterbliebenenfürsorge übersteigen somit die Pflichtleistungen für die Sozialversicherung um 23,5 (12,8) Prozent. Im Durchschnitt betragen sich die zusätzlichen Sozialaufwendungen (in denen die im Vermögen der Unternehmen verbleibenden Ausgaben für Wohnungsbau und für soziale Werkstätten sowie die gemäß § 7c EStG gewährten Wohnungsbau-Darlehen nicht enthalten sind) auf 11,5 (10,9) Prozent der in den Erfolgrechnungen ausgewiesenen Löhne und Gehälter.

Innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche schwankt dieses Verhältnis zwischen 2,5 (2,1) Prozent in der Bauindustrie und 32,2 (12,7) Prozent in der Zellstoff- und Papierindustrie. Noch

erheblich breiter ist die Streuung, wenn man die einzelnen Betriebe vergleicht. Hier liegt sie für 1951 zwischen 1 und 37 Prozent.

Aber auch im gleichen Betrieb wechseln die freiwilligen Sozialleistungen von Jahr zu Jahr nach der Höhe ihrer Beträge bisweilen beträchtlich. Unternehmen, die über einen längeren Zeitraum keinen Gewinn erwirtschaften können oder gar in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, müssen notgedrungen ihre sozialen Ausgaben herabsetzen. Auf der anderen Seite schnellen die zusätzlichen Sozialaufwendungen mitunter plötzlich in die Höhe, wenn die Rentabilität des Unternehmens zunimmt. So betragen z. B. die sozialen Zusatzaufwendungen der Zellstofffabrik Waldhof, Mannheim, im Jahre 1951 10,89 Millionen DM gegenüber 3,34 Millionen DM im Jahre 1950.

Von besonderem Interesse ist das Verhältnis der freiwilligen Sozialleistungen zu den Gewinnausschüttungen der Gesellschaften. Auf eine Dividende von 100 DM trafen 1950 zusätzliche Sozialaufwendungen von 289 DM, 1951 sogar von

318 DM. Wenn die zusätzlichen Sozialaufwendungen 1950 mehr als zweieinhalbmal und 1951 mehr als dreimal so hoch waren wie die Gewinnausschüttung, so verdient diese Feststellung besondere Beachtung.

Industriegruppen	Gesellschaften Zahl 1951	Aufwendungen in v. H. der Löhne und Gehälter 1950	
		1951	1950
Energieversorgung	8	15,3	13,7
Maschinen-, Apparate-, Fahrzeugbau	23	8,2	9,0
Elektroindustrie	6	9,3	11,8
Feinmechanik Optik, Metallw.	6	8,8	6,8
Baustoffindustrie	3	28,8	25,0
Bauindustrie	4	2,5	2,1
Textilindustrie	19	13,2	12,0
Zellstoff- u. Papierindustrie	3	32,2	12,7
Nahrungs- u. Genussmittelind.	9	26,5	11,9
Verschiedene	9	26,1	14,9
Zusammen	90	11,5	10,9

Dr. Eugen Laun

18,5 Millionen Dollar Reingewinn

Günstige Entwicklung der Weltbank / 113,7 Millionen Dollar Reserven

WASHINGTON. Die internationale Weltbank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank) hat in dem am 30. Juni beendeten Rechnungsjahr 1952/53 einen Reingewinn (alle Angaben in Millionen Dollar) von 18,485 erzielt. Dies stellt eine starke Zunahme gegenüber dem Vorjahrgewinn von 15,873 dar. Durch die Zuweisung des Neugewinns sind die gesamten Reserven der Bank damit auf 113,750 gestiegen.

Im Berichtsjahr hat die Weltbank zehn Kredite im Gesamtwert von insgesamt 178,633 vergeben, so daß der Gesamtbetrag der Ausleihungszusagen per 30. Juni 1953 1.590,788 beträgt. Die Kreditansprachen belaufen sich im Berichtsjahr auf 228,757 gegenüber 184,777 im Vorjahr, so daß der Wert der Gesamtansprachen jetzt 1.103,281 beträgt.

Gutes Ergebnis in Dornbirn

DORNBIERN. Von der Dornbirner Messe meldet unser Korrespondent einen guten geschäftlichen Erfolg der Aussteller. Voralberger Textilbetriebe haben so viele Aufträge buchen können, daß einige von ihnen für mehr als 12 Monate beschäftigt sind. Auch das Geschäft in Textilmaschinen war gut bis sehr gut. Deutsche Textilmaschinen konnten gut verkauft werden, und vor allem fanden die Strumpfstrickautomaten,

Strick- und Nähmaschinen aus Deutschland großes Interesse. Selbst solche deutschen Textilmaschinen, die nur aus repräsentativen Gründen ausgestellt waren, konnten mehrfach verkauft werden. Die deutschen Firmen für Textilzubehör, Farben, Perlongewebe und Perlonstrümpfe erzielten gleichfalls gute Umsätze.

Die Umsätze in den Branchen der allgemeinen Messe waren gegenüber der Textilmesse schwächer. Allerdings gab es auch hier Ausnahmen. So konnten z. B. deutsches Silit-Stahlgeschirr sowie moderne Haushaltsmaschinen und Elektrowaren gut verkauft werden. Insgesamt zählte die Messe, die am Sonntag ihre Pforten geschlossen hat, 240 000 Besucher. Außer den schon in unserem Eröffnungsbericht genannten südwestdeutschen Firmen stellten in Dornbirn u. a. auch die Firmen J. Hengstler, Zählerfabrik, Aidingen, Wilhelm Beck, Textilmaschinenfabrik, Winterlingen, Gebr. Hoelder, Metzinger (Einschlepper und Pflanzenschutzgeräte) und Hermann Zanker, Tübingen (Wäschereimaschinen).

Der Bank deutscher Länder erscheint eine mechanische Ausdehnung der Kreditlinien für Liefergeschäfte an das Ausland nicht angebracht. Dies geht aus einem Schreiben der BdL an den deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) hervor.

Mengenkonjunktur in Kaffee

BWM erhofft niedrigen Preis

BONN. Das Bundeswirtschaftsministerium plant eine bedeutende Erweiterung der Kaffee-Einfuhrmöglichkeiten, um in Verbindung mit der Steuer-senkung durch Mengenkonjunktur eine Verbilligung des Verbraucherpreises herbeizuführen. Damit soll dem Wettbewerb nach Leistung und Preis der größtmögliche Spielraum gegeben werden. „Bei diesem freien Wettbewerb wird nur das auf sparsamster Kalkulationsbasis errechnete Angebot den berechtigten Erwartungen des Verbrauchers entsprechen können“, erklärt das Wirtschaftsministerium.

Klage über schlechten Markt

Die Wolle und die Kunstfaser

wt. BONN. Bekanntlich klagt die Wollindustrie der Vereinigten Staaten von Amerika nun fast seit einem Jahr über einen schlechten Markt. Die amerikanischen Wollverbraucher sind deshalb an den australischen und neuseeländischen Märkten kaum als Käufer hervorgetreten. Dies ist eine ebenso abweichende wie bemerkenswerte Erscheinung im Verhältnis zu der Entwicklung an den europäischen Märkten, wo Wolltuche und Wollwaren gerade seit einem Jahr wieder viel verkauft werden und das Geschäft gut ist. Ausländische Fachkreise sind der Auffassung, daß der Rückgang des amerikanischen Wollwarenmarktes wesentlich auf die Konkurrenz der Kunstfaser zurückzuführen ist. Die amerikanische Wirtschaft würde demnach gegenwärtig ein Stadium der Entwicklung vorwegnehmen, nämlich den Wettbewerb von Wolle und Kunstfasern um den Marktanteil, den sie auf Grund ihrer Eigentümlichkeiten auf die Dauer beanspruchen werden. Eine Entwicklung, die auch an den europäischen Märkten nicht zu umgehen sein wird.

Wirtschaftsfunk

Die in den vergangenen Monaten vorwiegend günstige Konjunktur auf dem Gebrauchtwagenmarkt hat bei stellenweise stärkerem Angebot ihren Höhepunkt überschritten, heißt es im Augustbericht der deutschen Automobiltreuhänder GmbH, Stuttgart. Bei nicht wesentlicher Änderung der Gesamtmenge habe sich jedoch das Preisniveau für gebrauchte Kraftfahrzeuge jüngerer Baujahre im ganzen gesehen auf der bisherigen Höhe gehalten.

Deutsche Exporte nach Jugoslawien sind nach einem Rundschreiben des Bundeswirtschaftsministeriums künftig lizenzpflichtig. In luftfahrtschweren Kreisen hofft man, daß die Privatwirtschaft die Zweckmäßigkeit einer Kapitalbeteiligung an der AG für Luftverkehrsbetrieb, der neuen Luftlana, erkannt hat und die sich hier entwickelnden Chancen richtig beurteilt. Man weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß nach Abschluß der Aufbauphase die investierten Kapitalien schon nach wenigen Jahren eine entsprechende Rendite abwerfen werden.

**Füllholzteinte
Buchtinte
Schultinte**
Viele Sorten...
alter Zopf, mit
einer
schreibt der kluge Kopf
UHU Allestinte

Automarkt
Volkswagen
in sehr gepflegtem Zustand, 32.000 km, mit Radio, zu verkaufen.
S. Blocher, Sulz a. N., Postfach 8

Motorrad
Marke „Puch“, Baujahr 1950, 250 ccm, in tadellosem Zustand, preiswert zu verkaufen. Angeb. erbeten unter G 5118 an die Geschäftsstelle

Die Burg Hohenzollern
ist am Montag, 17. August, für den
öffentlichen Verkehr geschlossen
Am Dienstag, 18. 8., finden keine Führungen statt.
Die Burgverwaltung

Wohnungen in jed. Größe in Form ein. mod. Fertighauses auf Teilzahlg. a. m. Staatsprämie kurzfr.
UNION-BAU, Paderborn U 190

Verkäufe
Schweres Silberbesteck
mit 100 g Silberaufs., a/Alpaka, neu, mit Garantieschein, 48teil, m. Ergänzungsmöglichkeit (Fabrikpreis 280 DM) Umstände halber für 150 DM sofort zu verkaufen. Eilofferten unter G 5127 an die Geschäftsstelle

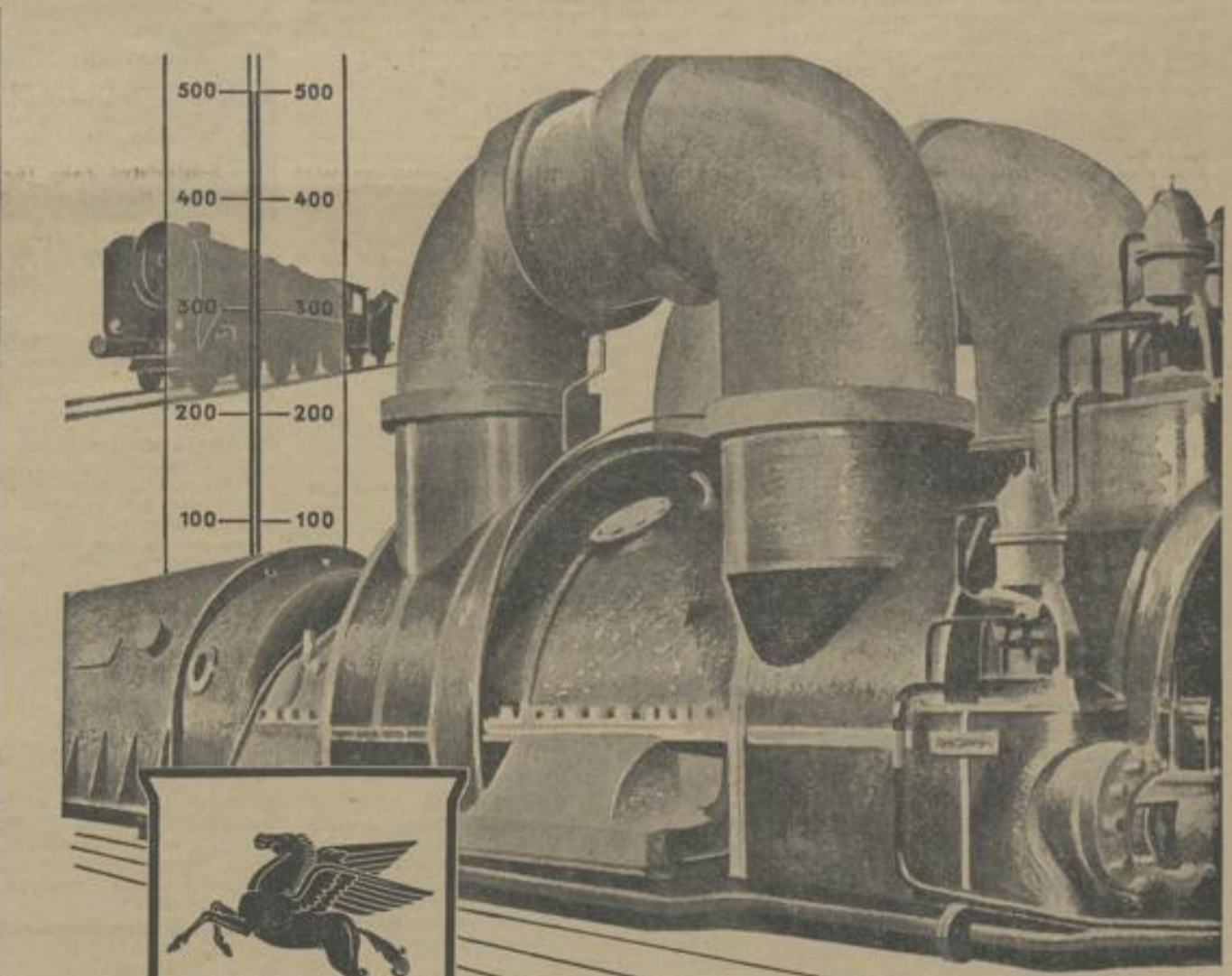
Stellenangebote
Die älteste und führende Spezialversicherung gegen Fahrraddiebstahl sucht an solide Werbung gewöhnte Vertreter auf Provinz-Basis, bei entsprechender Leistg. Spesenzuschuß! (Auch guter Nebenverdienst!) Rafadi AG., München 9

Industrie- u. Handelsvertreter
als ständige Beilage des „Offertenblatt Zentralmarkt“ hat einen höchst eindrucksvollen Start gehabt. Jede Ausgabe über 750 Neuheiten und Verkaufschlager, 140 freie Vertretungen und Zusatzvertretungen. Probe-Nr. kostenlos. Haupt- u. nebenberufl. Abonnementwerber in allen Teilen des Bundesgebietes gesucht. Max Schimmel-Verlag, Würzburg

Zimmermädchen
an flottes, sauberes u. pünktl. Arbeiten gewöhnt, per sofort, mögl. Dauerstellung, gesucht. Kost und Wohnung im Hause. Gasthof z. Bahnhof - Tübingen

Mädchen
mit Kochkenntnissen z. sofortig. Eintr. gesucht. Dauerstellg. Café Schmid, Freudenstadt, Telef. 292

Eine gute Stellung
finden Sie durch eine Anzeige in Ihrer Heimatzeitung
Stellungsanzeigen haben Erfolg



Höchste Bewährung!

Dort drinnen ist die Hölle, wie der Turbinenwärter sagt. Es ist die Vorschaltturbine in einem süddeutschen Großkraftwerk. Sie arbeitet mit Höchstdruckdampf von 100 atü, der auf 500 Grad überhitzt ist. Diese Hitze ist höllisch, sie liegt weit höher als die Höchsttemperatur in der Kesselanlage einer Lokomotive. Das bedeutet für das Lager- und Regleröl der Turbine eine Wärmebelastung ungewöhnlichster Art. Seit dem Bestehen des Werkes laufen alle Turbinen Jahr um Jahr und Stunde

um Stunde. Auch hier konnten „Gargoyle“-Produkte den Vollbeweis der Schmier-sicherheit und Beständigkeit liefern!

Was für die Schmierung aller Maschinen — überall in der Welt — die Marke „Gargoyle“ als ein Sammelbegriff hochentwickelter Öle und Fette bedeutet, ist für das Auto die Marke „Mobilol“: Inbegriff guter Schmierung.

für die Industrie:
Gargoyle
Schmiermittel



fürs Auto:
Mobilol

